

HA 13.12.201A

Kreistag geht nicht auf die Barrikaden

Finanzproblem soll politisch gelöst werden / Initiative der Linken gescheitert

VON MICHAEL WALLKÖTTER

KREIS RE. Ist es sinnvoll, für die finanziell notleidenden Städte auf die Barrikaden zu gehen? Mit der Forderung nach einem „öffentlichen Protesttag“ im Kreis Recklinghausen ist Die Linke gestern im Kreistag gescheitert. Daraufhin erklärte Fraktionsvorsitzender Ingo Boxhammer seinen Rücktritt als Mitglied der Finanzkommission des Kreises.

Die Mehrheit des Kreistages ist überzeugt davon, dass nur mit politischen Verhandlungen erreicht werden kann, dass die Kommunen ihren Aufgaben entsprechend finanziell ausgestattet werden. Landrat Cay Süberkrüb (SPD) erinnerte an die gescheiterte Verfassungsklage des Kreises gegen die NRW-Gemeindefinanzierung. Er sagte, dass Bür-

germeister bereits als Bettler verkleidet vor dem Bundestag gestanden hätten – alles ohne Erfolg.

Die Linke hatte einen öffentlichen Protesttag im Kreis Recklinghausen vorgeschlagen – mit vorübergehender Schließung kommunaler Einrichtungen. Außerdem sollten Aktionen vor dem Land-

„Dem Protest eine neue Form geben“

tag in Düsseldorf und vor dem Bundestag in Berlin vorbereitet werden. „Wir müssen offensiver werden, dem Protest eine neue Form geben“, begründete Boxhammer den Vorstoß der Linkspartei, der auch eine Reaktion auf den in Düsseldorf beschlossenen Stärkungspakt Stadtfinanzen ist. Der war von den Linken

im Landtag abgelehnt worden.

CDU-Kreistagsmitglied und Landtagsabgeordneter Josef Hovenjürgen, der ebenfalls in Düsseldorf gegen den Stärkungspakt votiert hatte, erklärte, dass es darauf ankomme, in den entscheidenden Gremien das richtige Abstimmungsergebnis zu erreichen. Das sei am vergangenen Donnerstag im Landtag nicht der Fall gewesen. Die CDU hält den Stärkungspakt für einen „Schwächungspakt“, weil er nur einem Teil der bedürftigen Kommunen finanzielle Hilfe zukommen lasse und diese auch noch mit nicht erfüllbaren Sparauflagen verknüpft sei. Hovenjürgen sagte, er hätte von den vier SPD-Landtagsabgeordneten aus dem Kreis zumindest erwartet, dass sie sich der Stimme enthielten.

Eine aus dem gescholtenen SPD-Quartett ist die Kreistagsabgeordnete Eva Steininger-Bludau. Statt zu lamentieren, „sollten wir anfangen, mit dem Stärkungspakt-Gesetz zu arbeiten“, meinte sie in der Kreistagssitzung. Die Kommunen würden ihr Geld noch in diesem Monat auf dem Konto haben. „Das ist ein Plus, kein Minus.“

Insgesamt sollen 34 überschuldete Städte in NRW jährlich 350 Mio. Euro zusätzlich bekommen, um ihren Haushalt mittelfristig in Ordnung zu bringen. Die kreisangehörigen Städte fühlen sich jedoch gegenüber den kreisfreien Kommunen benachteiligt. „Das Land hat viel Geld in die Hand genommen“, meinte der SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende Klaus Schild. „Aber die Verteilung passt nicht.“